

Es informiert Sie	Silke Meuter
Telefon (0202)	+49 202 563 2336
Fax (0202)	+49 202 563 8531
E-Mail	silke.meuter@stadt.wuppertal.de
Datum	23.02.2018

---

## **Niederschrift**

### **über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses Soziales, Familie und Gesundheit (SI/1553/18) am 21.02.2018**

Anwesend sind:

**Vorsitz**

Herr Michael Wessel ,

**von der CDU-Fraktion**

Frau Rosemarie Gundelbacher , Herr Arnold Norkowsky , Herr Christian Schmidt ,

**von der SPD-Fraktion**

Herr Thomas Kring , Herr Volker Dittgen , Frau Renate Warnecke ,

**von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Frau Ilona Schäfer ,

**von der Fraktion DIE LINKE**

Herr Ludger Pilgram ,

**von der FDP-Fraktion**

Frau Eva Schroeder ,

**von der WfW-Fraktion**

Frau Monika Kasten ,

**berat. Mitglied § 58 I GO NRW**

Frau Sabine Kik ,

**als sachkundige Einwohner/in**

Herr Bernd Engels , Herr Reinhard Fliege , Herr Frank Gottsmann , Herr Dr. Christoph Humburg ,

Frau Mirjam Michalski ,

**von der Verwaltung**

Herr Dr. Stefan Kühn , Herr Michael Lehnen

Schriftführerin:

Silke Meuter

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 17:31 Uhr

## I. Öffentlicher Teil

---

### 1 **Altengerechte Quartiersentwicklung in Wuppertal - Quartiersentwickler Herr Röser und Frau Knoll**

Herr Wessel schlägt vor Vorstellung des TOP 1 vor, dass Mitglieder des Ausschusses sich zwecks nachhaltigen Aufarbeitens bestimmter Themen aus den Sitzungen 3 bis 4 Mal unter den Fraktionen treffen. Den Vorsitz hätte hierzu die einladende Fraktion. Die Ausschusmitglieder sehen dies als einen guten Vorschlag an.

Herr Roeser berichtet ausführlich mit Hilfe einer Power Point Präsentation zur altengerechten Quartiersentwicklung.  
Die Ausschusmitglieder sehen das Problem, dass die kurzen Laufzeiten der Projekte keine Nachhaltigkeit in den Quartieren garantieren können. Frau Schäfer regt an, dass die Stadt ein Konzept entwickelt, wie die Nachhaltigkeit in den erarbeiteten Strukturen etabliert werden kann.

Für den Ausschuss hat die altengerechte Quartiersarbeit einen hohen Stellenwert und eine besondere Bedeutung im Umgang mit dem demografischen Wandel. Im Rahmen der altengerechten Stadt ist ein besonderes Gewicht auf die Nachhaltigkeit zu legen. Die Verwaltung wird sich in diesem Sinne gegenüber dem Land einsetzen.

---

### 2 **Suchtbericht für die Stadt Wuppertal 2017 Vorlage: VO/0003/18**

Frau Hembach fasst den Suchtbericht kurz zusammen.  
Es wird festgestellt, dass der Ausschuss die Themen aus den Handlungsempfehlungen weiter bearbeiten soll. Das Hilfesystem soll erhalten bleiben und nach Möglichkeit noch ausgebaut werden.

Beschluss des Ausschusses für Soziales, Familie und Gesundheit vom 21.02.2018:

Einstimmig ungeändert beschlossen

---

### 3 **Sachstandsbericht zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrages in Wuppertal Vorlage: VO/0971/17**

Der Sachstandsbericht wurde auf die nächste Sitzung verschoben. Hierzu soll ein Berichterstatter eingeladen werden.

---

### 4 **Sachstandsbericht über die Konzeption der städtischen Altenpflegeheime Vorlage: VO/0903/17**

Ohne weitere Meldungen.

Beschluss des Ausschusses für Soziales, Familie und Gesundheit vom 21.02.2018:

Entgegennahme ohne Beschluss

---

**5 Erhöhung der Zuschüsse zum Haushalt 2018/2019**  
**Vorlage: VO/0078/18**

Herr Dr. Kühn erläutert die Berechnung und Festsetzung der einzelnen Zuschüsse für die Träger.  
Die Vorlage wird ergänzt um eine Zuschusserhöhung um 4 % für die AIDS-Hilfe Wuppertal. Der Ausschuss erklärt sich hiermit einverstanden.

Beschluss des Ausschusses für Soziales, Familie und Gesundheit vom 21.02.2018:

Einstimmig geändert beschlossen

---

**6 Antrag Fraktion DIE LINKE**  
**Einheitliche Ermäßigungen**  
**Vorlage: VO/0098/18**

Herr Dr. Kühn erklärt hierzu, dass aus der Bürgerschaft auf den Oberbürgermeister zu diesem Thema bereits zugegangen wurde. Der Oberbürgermeister hat die Geschäftsbereiche mit der Prüfung der einheitlichen Ermäßigungen beauftragt.

Herr Pilgram erklärt, dass somit das Ziel des Antrages erreicht wurde und die Antwort abgewartet wird.

Die Entscheidung wurde in die nächste Sitzung verschoben.

---

**7 Resolution Sozialticket - vertagt aus der Sitzung vom 29.11.2017**  
**Vorlage: VO/0755/17**

Herr Pilgram erläutert kurz den Antrag.

Herr Kring stellt den Antrag, die Sache für erledigt zu erklären, da die Zusicherung des Landes besteht, die Finanzierung des Sozialtickets weiterhin sicher zu stellen.

Beschluss des Ausschusses für Soziales, Familie und Gesundheit vom 21.02.2018:

Der Antrag wird für mit den Gegenstimmen der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für erledigt erklärt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja: 10

Nein: 2

---

**8 Bericht aus dem Beirat der Menschen mit Behinderung**

Herr Engels berichtet zu dem Bericht von Frau Schöpf-Kring zu den Themen  
Betreuungsverfügung und Vorsorgevollmacht.

Desweiteren hat der Beirat der Menschen mit Behinderung 3 neue Mitglieder,  
Herr Bernd Stockmeier, Herr Wojtek Nawrot und Herr Frank Brüggemann.

Es gibt eine Anfrage zum Thema freie Sicht für Rollstuhlfahrer im Stadion Zoo auf  
den ausgewiesenen Plätzen. Diese wird bearbeitet.

Es wird in diesem Jahr eine Klausurtagung zur intensiveren Bearbeitung  
einzelner Themen geben.

---

**9 Bericht aus dem Seniorenbeirat**

Frau Gundelbacher berichtet, dass in der gestrigen Sitzung des Seniorenbeirates  
die Tagesordnungspunkte 1 und 2 ebenfalls behandelt wurden.

Desweiteren berichtete Frau Bach von der Polizei zu den weiteren  
Trickbetrügereien am Telefon durch falsche Polizisten.

---

**10 Mitteilungen der Verwaltung**

- Herr Lehnen berichtet zu dem durch die Presse bekannt gewordenen  
Abrechnungsbetrug von ambulanten Pflegediensten aus dem letzten Jahr,  
dass im Sozialamt zur besseren Kontrolle der Abrechnungen nun 2  
Stellen für zusätzliche Pflegefachkräfte sowie eine Stelle für eine  
Verwaltungskraft eingerichtet werden. Desweiteren soll auf den Einsätzen  
der Pflegefachkräfte künftig ein neutraler Dolmetscher vor Ort sein, um  
eine korrekte Übersetzung zu sichern.

---

**11 Verschiedenes**

Herr Engels lädt zum 13. Tag der Menschen mit Behinderung am 04.05.2018 auf  
dem Rathausvorplatz ein.

Frau Schäfer fragt nach, ob es aufgrund des Bündnisses gegen Armut in Zukunft  
einen Armutsbericht bzw. ggf. einen weiteren Teilbericht geben wird. Dies wird  
von Herrn Dr. Kühn aufgrund personeller Gegebenheiten verneint.